

Auf dem Weg zu einer europäischen Mindestlohnpolitik?

Im Lichte der Euro-Krise und der zunehmenden Koordinierung der Fiskalpolitik im Rahmen der neuen ökonomischen Governance (u. a. europäisches Semester und Fiskalpakt) stellt sich die Frage, welchen Stellenwert die soziale Dimension innerhalb der fortschreitenden europäischen Integration einnehmen soll. Es gibt verschiedene Modelle, die EU stärker zu einer Sozialunion auszubauen. Eines davon wäre eine europäische Mindestlohnpolitik. Nicht nur der frühere Kommissionspräsident Jacques Delors, sondern auch sein aktueller Nachfolger Jean-Claude Juncker brachten in der Vergangenheit diese Idee in die Debatte ein.

Besonders für die Eurozone könnte ein europäisches System nationaler Mindestlöhne ökonomisch durchaus sinnvoll sein. Denn auch wenn die Eurokrise meist als „Staatsschuldenkrise“ bezeichnet wird, so stellen doch die realwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten die primäre innereuropäische Ursache der Krise (neben dem externen Schock durch die Finanzkrise) dar. Tatsächlich ist die Lohnentwicklung in den Staaten der Eurozone seit Einführung der gemeinsamen Währung auseinandergedriftet. Eine europäische Koordinierung der Lohnuntergrenzen könnte dieser Entwicklung am unteren Ende entgegenwirken und somit Lohndumping und eine Erosion der Nachfrage verhindern. Laszlo Andor, Arbeits- und Sozialkommissar der letzten Kommission, befürwortete ein europäisches System nationaler Mindestlöhne, die an das jeweilige Lohnniveau des Mitgliedsstaates angepasst sein sollten. Ein solches System hätte den Vorteil, dass es der Heterogenität innerhalb der Union gerecht würde und trotzdem gemeinsame europäische Standards schaffen würde.

Doch auch die politische Signalwirkung ist nicht zu unterschätzen. Denn in fast allen Mitgliedstaaten, in denen bereits ein Mindestlohn gesetzlich verankert ist, liegt dieser teilweise weit unter der jeweiligen nationalen Armutsgrenze. Eine schrittweise europaweite Anhebung der nationalen Mindestlöhne würde nicht nur die dringend benötigte Nachfrage für die Bekämpfung der Deflationsgefahr, sondern vielleicht auch wieder etwas Begeisterung für die EU freisetzen. Dies wäre auch ein konkreter Beitrag, um dem Ziel der Armutsreduzierung im Rahmen der „Europa 2020“-Strategie näher zu kommen.

Doch die politischen Hindernisse auf dem Weg zu einer europäischen Mindestlohnpolitik sind nicht zu unterschätzen. Erstens passt eine solche Institutionalisierung nachfrageorientierter Politik nicht ganz in die herrschende Orthodoxie europäischer Wirtschaftspolitik. Denn besonders die europäischen Entscheider*innen im Feld der Finanz- und Wirtschaftspolitik verfolgen noch immer eine angebotsorientierte Politik. So zielten viele Reformen der Troika darauf ab, die „Rigidität der Löhne nach unten“ zu lockern. Zweitens ist Lohnpolitik im Prinzip eine alleinige Kompetenz der Mitgliedsstaaten bzw. ihrer jeweiligen Sozialpartner. So müsste beispielsweise ein europäisches System nationaler Mindestlöhne Rücksicht auf das skandinavische Spezifikum der durch die Sozialpartner branchenweit ausgehandelten Mindestlöhne nehmen. ◆